

Unsre Stellung zur Polenfrage

Schmidt, Wilhelm

Leipzig, 1902

urn:nbn:de:hbz:6:1-320816

13



203.
[XVII. Reihe, 11.]

Unsre Stellung zur Polenfrage.

Von
Professor W.ilhelm Schmidt,
Oberlehrer am Leibniz-Gymnasium zu Berlin.

Leipzig 1902.
Verlag der Buchhandlung des Evang. Bundes von C. Braun.

Preis 20 Pf.

Die Redaktion überläßt die Verantwortung für alle mit Namen erscheinenden Schriften den Herren Verfassern.

Die Flugschriften des Evangelischen Bundes erscheinen in **Heften**; 12 Flugschriften bilden eine Reihe. Man abonniert auf die **Reihe von 12 Flugschriften** zum **Pränumerationspreise von 2 Mark** in jeder Buchhandlung oder direkt beim Verleger. Jede Flugschrift wird **einzeln** zu dem auf dem Umschlage angegebenen Preise verkauft. An Vereine und einzelne, welche die Hefte in größerer Zahl verbreiten wollen, liefert die Verlagshandlung bei Bestellung von mindestens 50 Exempl. dieselben zu einem um ein **Viertel ermäßigten Preise**.

Verzeichnis
der
Flugschriften des Evangelischen Bundes.

IV. Reihe (Heft 37—48). 37. (1) Unser gemeinsamer Glaubensgrund im Kampf gegen Rom. Vortrag von Geh. Kirchenrat Prof. D. Lipsius. 20 Pfg. *38. (2) Gegen römisch-katholische Wiedertaufe. Von Prof. D. Witte. 15 Pfg. 39. (3) Der sittliche Charakter der Jesuiten, eine notwendige Folge ihrer ersten Erziehung. Von Dr. A. Kraus. 20 Pfg. 40. (4) Offener Brief an die römisch-katholischen Bischöfe und Erzbischöfe im deutschen Reich, — eine evangelische Antwort auf den Fuldaer Hirtenbrief — vom 20. Aug. 1889. (Der Hirtenbrief ist im Abdruck vorausgeschickt.) 40 Pfg. *41. (5) Römische Bruderliebe. Eine Geschichte aus der Reformationszeit. Den Quellen nacherzählt von Pfarrer G. Gutbrod. 20 Pfg. *42/43. (6/7) Die Segnungen des Protestantismus für Volk und Vaterland von Pastor Heyn. 40 Pfg. 44. (8) Das Martyrium Philipps des Großmütigen in seiner belgischen Haft. Von Dir. Prof. Dr. Schädel. 20 Pfg. 45. (9) Die Entstehung des Papsttums. Von Prof. D. C. Mirbt. 40 Pfg. 46. (10) Die Organisation der evang. Gemeinde. Von D. E. Sulze. Die Pflichten des Evang. Bundes in Sachen der evangel Mission. Von D. G. Warneck. 35 Pfg. 47. (11) Reformation und sociale Frage Von Pfarrer Lic. Weber. 20 Pfg. 48. (12) Was hat das evang. Schwaben dem Gesamt-Protestantismus zu bieten und was von ihm zu empfangen? Von Prof. D. Fr. Nippold. 25 Pfg.

V. Reihe (Heft 49—60). 49. (1) „Mein Reich ist nicht von dieser Welt". Festpredigt bei der IV. Generalversammlung in Stuttgart von Prof. D. Haupt. Generalbericht des Schriftführers Konsistorialrat D. Leuschner. 30 Pf. 50. (2) Reformation und sociale Frage. Von Prof. D. W. Beyschlag. 25 Pf. 51. (3) Ultramontanismus und Patriotismus. Eine zeitgemäße Betrachtung von Dr. C. Fey. 20 Pf. 52. (4) Luther in der Politik. Von Pfarrer Th. Fr. Mayer. 20 Pf. 53. (5) Zwei kirchengeschichtliche Gedenktage. Der 18. April 1521 und der 18. Juli 1870 (ein deutscher Mönch vor Kaiser und Reich und deutsche Bischöfe vor Papst und Jesuiten). Von Pfarrer Fr. Giesekke. 20 Pf. 54. (6) „Hier steh' ich —" „Ich kann auch anders". Aus dem Leben eines röm.-kath Bischofs. Von Dr. R. Krone. 20 Pf. 55. (7) Die unserer Kirche gebührende Stellung im öffentlichen Leben. Vortrag auf der ersten Hauptversammlung der Provinz Sachsen. Von Kons.-Rat D. Leuschner. 20 Pf. 56. (8) Röm.-kath. und evang. Kirchenbegriff. Von einem Konvertiten. 10 Pf. 57. (9) „Wisset ihr nicht, wes Geistes Kinder ihr seid?" Von Pfarrer Schmitthenner. 10 Pf. 58. (10) Welcher Segen erwächst dem Einzelnen aus dem Anschluß an die Gemeinschaft? Vortrag von Kons.-Rat D. Goebel. Generalbericht, vorgetragen bei der V. Generalversammlung in Kassel von Kons.-Rat D. Leuschner, sowie die auf dieser Versammlung angenommenen Resolutionen. 30 Pf. 59. (11) Eröffnungsansprache bei der V. Generalversammlung zu Kassel von Graf Wintzingerode-Bodenstein. 15 Pf. 60. (12) Eröffnungspredigt bei der V. Generalversammlung in der Martinskirche zu Kassel. Von Pfarrer Jatho. Schlußpredigt ebendaselbst. Von Pfarrer Hans. 25 Pf.

VI. Reihe (Heft 61—72). 61. (1) Das Verhalten der römischen und der evangelischen Kirche zum Staat. Von Prof. D. Kawerau. 25 Pf. *62. (2) Wie hat sich die protestantische Charakterfestigkeit gerade in unseren Tagen zu bewähren? Von Prof. D. Haupt. 25 Pf. 63. (3) Paskals Kampf wider die Jesuiten. Von Pfarrer Lic. F. O. zur Linden. 25 Pf. 64. (4) Redemptoristen und Jesuiten. Von Dr. R. Weitbrecht. 15 Pf. 65/66. (5/6) Angriff und Abwehr. I. Von Dr. R. Weitbrecht. 30 Pf. *67. (7) Bernhard Duhr S. J. und die Lehre der Jesuiten vom Tyrannenmord. Von Dr. R. Krebs. 20 Pf. 68. (8) Parität — Imparität. Eine staatsrechtliche Betrachtung von Oberlandesgerichtsrat R. Drache. 25 Pf. 69/70. (9/10) Angriff und Abwehr. II. Ein erwünschter Anlaß. Von Dr. R. Weitbrecht. 30 Pf. 71/72. (11/12) Das Papsttum im Lichte des ersten Gebotes. I. Von Fr. Herrmann. 40 Pf.

VII. Reihe (Heft 73—84). 73. (1) Ueber die heutigen Aufgaben des Evang. Bundes. Rede auf der V. badischen Landes-Versammlung des Evang. Bundes zu Mannheim am 23. Okt. 1892, gehalten von Geh. Hofrat Prof. D. Dr. A. Merx. 15 Pf. *74. (2) Wider den Priester Stöck und die Jesuiten. Gedanken über die gerichtliche Verhandlung vor der Strafkammer in Trier gegen den katholischen Priester Stöck wegen Entführung eines evangelischen Kindes. 2. Aufl. 20 Pf. 75/76. (3/4) Der Anteil der Jesuiten an der preußischen Königskrone von 1701. Zweite vermehrte Ausgabe. Von Dr. C. Fey. 40 Pf. 77. (5) **Die echte und die falsche Jungfrau von Orléans.** Von Ch. Thomassin. 25 Pf. *78/80. (6/8) **Das Papsttum im Lichte des ersten Gebotes. II.** Von Fr. Herrmann.

NB. Die mit * versehenen Nummern sind vergriffen.

(Fortsetzung auf der dritten Umschlagseite.

Unsre Stellung zur Polenfrage.

Von Professor W. Schmidt, Oberlehrer am Leibniz-Gymnasium zu Berlin.

Die Entwicklung des öffentlichen Lebens nimmt in unsrer schnelllebigen Zeit auf vielen Gebieten einen so beschleunigten Gang, daß man Mühe hat, sie fortgesetzt im Auge zu behalten. Das gilt neuerdings nicht zum wenigsten auch von der Polenfrage, wie schon ein flüchtiger Blick auf eine Reihe der hervorstechendsten Ereignisse seit etwa Jahresfrist zeigt. Ich erinnere z. B. an die Prozesse gegen die geheimen Verbindungen polnischer Studenten und Gymnasiasten, die trotz aller Verschleierungsversuche als unzweifelhaft erkennen ließen, daß eine wahrscheinlich vom Auslande aus geleitete Organisation besteht mit dem Zwecke, die polnische Jugend für die Losreißung der früher polnischen Landesteile von der preußischen Krone zu begeistern. Ich erinnere ferner an das herausfordernde Benehmen polnischer Studenten in unsrer Reichshauptstadt gegenüber einem deutschen Professor, der nur das Verbrechen begangen hatte, die polnische Geschichte vom deutschen Standpunkte aus zu beurteilen, und vor allem an den Wreschener Schulprozeß mit seinen skandalösen Enthüllungen über die durch die Eltern und ohne Zweifel auch durch einen polnischen Kaplan angestiftete Auflehnung polnischer Schulkinder gegen ihre Lehrer und die sich daran anknüpfenden bedrohlichen Unruhen. Bekannt ist auch, daß dann infolge der maßlosen Hetzarbeit der polnischen Presse sich über alle polnischen Gebiete eine heftige Protestbewegung ausbreitete, die zu öffentlichen Tumulten und zur Beschimpfung der deutschen Konsulate in Krakau und Warschau führte, und daß diese Vorgänge wiederum den polnischen Abgeordneten Preußens, unterstützt von ihren Helfershelfern aus dem Zentrum, willkommenen Anlaß zu lebhaften Beschwerden im Reichstage und Abgeordnetenhause gaben. Den Höhepunkt der sich daran anknüpfenden parlamentarischen Verhandlungen bildeten bekanntlich wiederholte Erklärungen

unsrer Regierungsvertreter, voran des Reichskanzlers Grafen von Bülow, die durch ihre Klarheit und Entschiedenheit auf Freund und Feind den größten Eindruck machten und keinen Zweifel mehr darüber ließen, daß die Regierung gewillt ist, mit allen ihr verliehenen Mitteln das Deutschtum in den Ostmarken zu verteidigen und diese in jeder Hinsicht fester als bisher dem Volksganzen und dem Organismus des deutschen Reiches einzugliedern. Und diesen wuchtigen Worten ist inzwischen bereits die That auf dem Fuße gefolgt, indem der preußische Landtag das von der Regierung beantragte Gesetz über die Fortführung und Erweiterung des Ansiedlungswerkes mit großer Mehrheit angenommen hat.

Was wunder, wenn durch das alles die Blicke der weitesten Kreise Deutschlands jetzt mit besonderer Spannung auf die Ostgrenze des deutschen Reiches gelenkt sind und wenn in den verschiedensten Lagern immer wieder die Frage erörtert wird: „Wie stellen wir uns zur Polenfrage?" Oder sollten nur wir Mitglieder des Evangelischen Bundes Bedenken tragen, diese Frage in unsrer Mitte aufzuwerfen und zu beantworten? Vielleicht könnte uns der oder jener ängstliche Mann, möglicherweise sogar in bester Meinung, mit bedenklichen Mienen darauf hinweisen, daß die Polenfrage doch eine politisch-nationale Frage sei, während die Aufgabe des Evangelischen Bundes nur auf kirchlich-konfessionellem Gebiete liege. Er könnte uns vielleicht warnend zurufen: „Schuster, bleib bei deinem Leisten! Laß die Hand fort von diesem gefährlichen Thema, Evangelischer Bund!" Und doch sind solche Bedenken unseres Erachtens gänzlich unbegründet. Denn jeder, der mit der Geschichte des Evangelischen Bundes nur etwas näher vertraut ist, weiß auch, daß wennschon seine Aufgaben in erster Linie auf religiös-kirchlichem Gebiete liegen, doch von Anfang an die Einwirkung auf die nationale Entwicklung unsres Volkes im protestantischen Sinne als eine seiner wesentlichsten Aufgaben ins Auge gefaßt worden ist und daß sein voller Name deshalb mit Recht heißt: Evangelischer Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen. Und nicht nur als Mitglieder dieses Bundes, sondern auch als Kinder der Reformation wissen wir, daß wir das Recht, aber auch die heilige Pflicht haben, für das Wohl unsres ganzen Volkes einzutreten und dafür zu sorgen, daß auch unser öffentliches Leben vom Geiste des Evangeliums beherrscht und durch-

drungen werde. Kurz, als evangelische Deutsche sollen wir nicht nur nichts wahrhaft Menschliches, sondern auch nichts wahrhaft Deutsches von uns fern halten. Zwar alle Parteipolitik liegt dem Evangelischen Bunde als solchem so fern als möglich. Aber davon ist hier auch nicht die Rede, denn die Polenfrage ist oder sollte doch keine politische Parteifrage, sondern in erster Linie eine nationale Frage sein; bei ihr handelt es sich nur darum, was wir thun sollen, um den Baum des deutschen Volkstums von einem gefährlichen Schlinggewächs zu befreien und dadurch seine Lebenskraft zu erhalten. Dazu kommt aber noch, daß die Polenfrage, wie wir noch sehen werden, aufs engste mit konfessionell-kirchlichen Verhältnissen zusammenhängt, so daß wir auch in dieser Hinsicht als Mitglieder des Evangelischen Bundes alle Veranlassung haben, sie scharf ins Auge zu fassen. Doch genug der Worte zur Rechtfertigung unsres Themas! Um unsre Stellung zur Polenfrage ganz verständlich zu machen, halte ich es für nötig, zunächst eine möglichst knappe und übersichtliche Darstellung der Verhältnisse zu geben, auf denen die Polenfrage beruht, oder mit andern Worten den Nachweis zu führen, daß es sich hier wirklich um eine große Gefahr für den Bestand und die Gesundheit des deutschen Volkslebens handelt. Es wird unvermeidlich sein, daß ich dabei manches für den oder jenen unsrer Leser bereits Bekannte vorbringe. Doch werde ich mich bemühen, namentlich die neuste Entwicklung der Verhältnisse zu berücksichtigen.

1.

In gewissem Sinne besteht eine Polenfrage seit der Teilung Polens durch die drei Großmächte Preußen, Österreich und Rußland. Aber obschon wiederholte Aufstände der Polen zeigten, daß die Hoffnung auf Wiederherstellung des alten Polenreiches nicht erloschen war, so konnte es doch den Anschein haben, als ob in den polnischen Provinzen Preußens der erziehliche Einfluß deutscher Kultur stark genug sei, die polnische Bevölkerung allmählich auch innerlich dem deutschen Volke zu amalgamieren. Das hat sich aber in den letzten Jahrzehnten gründlich geändert. Schon bei der Volkszählung vom Jahre 1890 hatte sich eine stärkere Zunahme der polnischsprechenden Bevölkerung in unsern Ostmarken ergeben. Diese Zunahme hat sich aber im letzten Jahrzehnt noch erheblich

gesteigert, wie man nach den bis jetzt bekannten Angaben über die Volkszählung vom Jahre 1900 in einzelnen Orten annehmen muß. Ja, nach dem Berichte des Oberpräsidenten der Provinz Posen, den der Reichskanzler in seiner großen Polenrede vom 13. Januar d. J. benutzte, hat sich die polnische Bevölkerung dieser Provinz von 1890 bis 1900 um 10—12 Prozent vermehrt, während die Zunahme der Deutschen einschließlich der durch die Ansiedlungskommission herangezogenen deutschen Bauern nur $3^3/_4$ Prozent betrug. Das sind doch geradezu erschreckende Zahlen! Sie erscheinen aber fast noch bedrohlicher, wenn man die unleugbare wirtschaftliche Verschiebung berücksichtigt, die sich in zahlreichen Gegenden des Ostens vollzieht. So gingen in den letzten vier Jahren in der Provinz Posen nicht weniger als 1910 Grundstücke oder 32 260 ha in polnische Hände über und der Gesamtverlust der deutschen Hand betrug trotz der bedeutenden Erwerbungen der Ansiedlungskommission 1752 Grundstücke mit 15 997 ha. Und ähnlich liegt es in Westpreußen, wo die Deutschen in vier Jahren 1154 Besitzungen mit 14 630 ha einbüßten. Ja, es giebt zahlreiche Ortschaften in der Provinz Posen, die noch vor 25 Jahren rein deutsch waren und in denen jetzt die Mehrzahl der bäuerlichen Wirtschaften in polnischen Händen ist. Und nicht etwa nur in der Landwirtschaft, sondern auch im städtischen Gewerbe macht sich diese Verschiebung zu Ungunsten der Deutschen bemerkbar. Aus einer großen Zahl von Städten wird über den starken Uebergang von Häusern und gewerblichen Betrieben in polnischen Besitz geklagt. So gingen z. B. in Ostrowo im letzten Jahrzehnt 31 Grundstücke aus deutschem in polnischen Besitz über und seit 25 Jahren 93 Grundstücke, in Krotoschin 64 Grundstücke, während hier nur 20 in deutsche Hände kamen. Vor 10 Jahren waren von 125 Apotheken Posens noch 98 in deutschen, 27 in polnischen Händen, jetzt dagegen von 134 nur noch 85, dagegen 49 in polnischen Händen. Höchst bedenklich ist auch, daß die Zahl der polnischen Ärzte und Rechtsanwälte die der deutschen an vielen Orten immer mehr überwiegt. In der schlimmsten Lage aber befindet sich der Handwerker- und kleine Kaufmannsstand, der sich an vielen Orten gegenüber der polnischen Konkurrenz nur mühsam behauptet.

Die Ursachen dieses auffallenden Rückganges der deutschen Bevölkerung liegen ohne Zweifel teilweise in der starken Ab-

wanderung in die westlicheren Provinzen Deutschlands mit ihren wirklich oder scheinbar günstigeren Erwerbs- und Lebensbedingungen, zum guten Teil aber auch in der wirtschaftlichen Erstarkung der polnischen Bevölkerung. Ohne Zweifel ist diese wesentlich durch die Bemühungen der preußischen Regierung um die geistige und soziale Hebung der Bevölkerung beeinflußt. Doch beruht sie mindestens ebenso sehr auf den eignen Anstrengungen einer Reihe von hervorragenden Polen, die zahlreiche, zum Teil großartige gewerbliche Institute und Genossenschaften ins Leben gerufen haben. Den ersten Platz nimmt unter diesen der von dem Arzte Dr. Marcinkowski begründete „Unterstützungsverein für die lernende Jugend im Großherzogtum Posen" ein, der mit kolossalen Summen arbeitet und z. B. in dem einen Jahre 1897 allein zur Unterstützung junger Techniker, Kaufleute und Studenten 57 000 Mk.[1]) bewilligt hat, während andre Institute wie die polnische Landbank (Ziemski) in erster Linie dem Ackerbau oder der Industrie dienen wollen. Wesentlich durch diese Einrichtungen ist die oben angedeutete erstaunliche Hebung des polnischen Mittelstandes, der früher bekanntlich ganz hinter dem Adel zurücktrat, herbeigeführt. Auch ist nicht zu leugnen, daß selbst in den unteren Schichten der polnischen Bevölkerung der Sinn für Ordnung und Sparsamkeit gewachsen ist. Und dieser Umstand wirkt anscheinend wieder in der Richtung günstig, daß die früher so furchtbar verbreitete Trunksucht nicht unerheblich nachzulassen begonnen hat. Diese Bestrebungen könnten daher als völlig berechtigt erscheinen, wenn sie nicht sämtlich mit einseitig polnisch-nationalen Bestrebungen aufs engste verquickt wären. Das prägt sich schon darin aus, daß sie sich von Anfang an, mehr oder minder deutlich ausgesprochen, nicht nur die wirtschaftliche Stärkung der Polen, sondern zugleich die Boykottierung und Verdrängung deutscher Geschäfte zum Ziele gesetzt haben. Und die Parole: „Kauft bei keinem Deutschen!" ist nicht etwa, wie die Polen behaupten, eine Rückwirkung gegen die Angriffe des verhaßten Ostmarkenvereins, sondern umgekehrt eine Hauptursache für dessen Entstehen. Die wirtschaftliche Hebung ihrer Volks-

---

[1]) Die von diesem Verein bewilligten Stipendien betragen mindestens 600 Mk. Viele der Stipendiaten zeigen sich später dankbar durch Zahlung großer Beiträge an den Verein.

genossen ist eben für die führenden Kreise der polnischen Bewegung nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zur Verwirklichung der nationalistischen Ziele, die ihnen vorschweben.

Es hat ja Zeiten gegeben, in denen diejenigen Kreise des polnischen Hochadels und der höheren Geistlichkeit, welche einen wenigstens vorläufigen Frieden mit dem preußischen Staat schließen wollten, eine vorherrschende Stellung einnahmen. Aber diese sogenannte „Hofpartei" mit ihrem Organ, dem „Kuryer Poznanski", ist jetzt fast vollständig kalt gestellt. Und auch die von dem bekannten Abgeordneten von Koscielski geleitete liberalere „Nationalpartei" (Organ der „Dziennik Poznanski"), die zwar äußerlich zuweilen ebenfalls von Loyalität triefte, aber nur aus politischer Klugheit ihre wahren Ziele verhüllte, ist in ihrem Einfluß auf die polnischen Massen mehr und mehr von den Parteien überflügelt, die von einer Versöhnung mit den bestehenden Zuständen nichts wissen wollen, namentlich der „polnischen Volkspartei", die hauptsächlich die Interessen des polnischen Mittelstandes vertritt, und von der neuerdings stark um sich greifenden „national-demokratischen Partei", welche sich auf die niederen Volksmassen stützen will. Charakteristisch ist, daß auch die verhältnismäßig nicht sehr starke sozialdemokratische Polenpartei ihre nationalen Ansprüche derartig in den Vordergrund stellt, daß sie selbst der doch von deutschem Chauvinismus völlig freien Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie oft im höchsten Grade unbequem geworden ist. Was diese Parteien erstreben, das spricht die von ihnen begründete Presse, die in der letzten Zeit an Zahl und Ausbreitung außerordentlich gewachsen ist, immer unverhüllter aus. Immer deutlicher wagt sie es zu sagen, daß es sich für die Polen um einen Kampf auf Leben und Tod mit der deutschen Herrschaft handle, und daß sie sich in jeder Hinsicht vorbereiten müßten, um bei der ersten günstigen politischen Konstellation zu den Waffen zu greifen und den verhaßten Deutschen aus dem Lande zu treiben.[1]) Und in welchem Um-

[1]) Dem gegenüber kann die scheinbar höchst loyale, ja de- und wehmütige Erklärung der polnischen Mitglieder des Posener Provinziallandtages aus Anlaß des bevorstehenden Aufenthaltes Sr. Majestät des Kaisers in Posen, sie wollten trotz des ihnen von der Regierung zugefügten Unrechtes und trotz des ihnen von Sr. Majestät gemachten und „von ihnen tief empfundenen Vorwurfes" (vergl. die

fange man sich das neue Polenreich denkt, das zeigt ein in dieser Presse oft citiertes Schlagwort: „Polen vom Meer bis zum Meer!" d. h. vom schwarzen Meer bis zur Ostsee. Man ist also nicht etwa mit der Losreißung der überwiegend polnischen Teile Westpreußens und Posens zufrieden, sondern man will auch die ganze Ostseeküste einschließlich Königsbergs und Danzigs und selbst das halbe Schlesien zurückgewinnen.

Das sind ja freilich utopische Träumereien, aber sie sind immerhin ein gefährliches Mittel, um das leichtentzündbare polnische Volk aufzustacheln. Und in solcher Hetzarbeit liegt überhaupt die eigentliche Gefahr der polnischen Presse. Was sie in dieser Hinsicht leistet, davon kann man sich gründlichst überzeugen, wenn man eine vom deutschen Ostmarkenverein herausgegebene Sammlung polnischer Preßstimmen zur Hand nimmt, die nicht weniger als 300 Seiten füllt. Vor allem legt sie es darauf an, den gemeinen Mann zu glühendem Hasse gegen alles Deutsche zu entflammen und ihm jedes engere Zusammenleben mit den Deutschen zu verleiden. Davon nur einige kleine Proben! So schreibt die „Praca", das Blatt des „Urpolen" Martin Biedermann am 8. 12. 01: „. . . Wir sind keine Preußen, wir können sie nicht sein, weil wir Polen sind. . . . Deswegen ist für jeden ehrbaren Polen die Bezeichnung „Preuße" ein „Schimpfwort", welches die nationale Ehre schwer beleidigt. . . . Wenn „Preuße" soviel als „preußischer Unterthan" bedeuten soll, dann ist dies keine Beleidigung, denn die Hand der Geschicke hat uns an den preußischen Staat geschmiedet. Jedoch haben die, von einem Polen zu einem Polen ausgesprochenen Worte „Du bist ein Preuße" immer die obige beleidigende Bedeutung, denn die Auslegung: „Du bist preußischer Unterthan" würde unter diesen Umständen vollständig unverständlich sein." An andrer Stelle warnt jene Zeitung die Eltern davor, ihre

---

Marienburger Rede) treue Unterthanen Sr. Majestät bleiben in der Hoffnung auf bessere Zeiten, in denen ihre völlige Unschuld hell erstrahlen werde, nur als berechnete Heuchelei angesehen worden. Das zeigt auch die unverhüllte Begeisterung der polnischen Presse für die Feier der Schlacht bei Grunwald (Tannenberg), die vor kurzem von den Polen Galiziens unter lärmenden Demonstrationen für das alte Polenreich begangen worden ist. Ja, die polnische Geistlichkeit des Gnesener Doms hat es sogar (nach dem Gnesener Anzeiger) gewagt, am Jahrestage jener Schlacht ein Hochamt nebst Prozession zu veranstalten, die doch augenscheinlich nur dem Siege der Polen über die deutschen Kreuzritter gelten konnten. Es wird wahrlich Zeit, daß solchem Übermut der polnischen Geistlichkeit gesteuert wird.

Kinder an Sedanfesten oder dem Gesange deutsch-patriotischer Lieder teilnehmen zu lassen, weil diese die jugendlichen Herzen vergiften könnten. Und der in Berlin erscheinende „Dziennik Berlinski" leistet sich z. B. (am. 23. 4. 01) folgende Ausfälle: „Kein Pole darf sich mit einer Deutschen oder einem andern fremden Mädchen verheiraten, das ist eine Todsünde. Die deutschen Mädchen können nicht lieben und verstehen nicht zu leben, sie sind für uns zu häßlich, zu ungeschickt. Unsre Mädchen dürfen auf einen Deutschen oder Russen nicht einmal hinblicken, denn das sind unsre verbissensten Feinde. Es ist besser, daß jede von ihnen bis zum Tode ledig bleibt, ehe sie einen Deutschen heiratet, und wenn er sie mit Gewalt zum Bösen oder zur Ehe zwingen will, so ist es besser, sich zu ertränken und nicht zu heiraten, denn die Deutschen sind unsre verbissensten Feinde u. s. w."

Ein großer Teil dieser Presse wird nun von polnisch-katholischen Geistlichen geleitet. Diese bilden überhaupt die Kerntruppe der polnischen Agitation. Was sie als solche leisten, darauf ist durch den Wreschener Schulprozeß ein so helles Licht gefallen, daß es eines weiteren Nachweises kaum bedarf. Wir haben mit Staunen gesehen, was ein polnischer Geistlicher sich herauszunehmen wagt, um den Einfluß der deutschen Schule auf die Kinder zu beseitigen. Aber noch bezeichnender erscheint mir der beschränkte Fanatismus, der sich in den Aussagen der polnischen Bevölkerung Wreschens kundgab. Es giebt zwar noch immer mitten im deutschen Reiche sonderbare Schwärmer, die in solchen Aeußerungen wie der, Christus und die Jungfrau Maria hätten nur polnisch gesprochen, eine rührende, an Dürersche Holzschnitte erinnernde volkstümliche Form der Frömmigkeit sehen. Jeder Kenner der Verhältnisse dagegen sieht darin nichts andres als Zeichen des fanatischen, dem armen Volke eingeimpften Hasses gegen alles deutsche Wesen. Und wenn heute in der Provinz Posen „deutsch" und „evangelisch", „polnisch" und „katholisch" vom Volke als identische Begriffe aufgefaßt werden, so beruht dies zum guten Teile auf dem Einflusse des polnischen Priesters, der einerseits die vorhandenen deutschen Katholiken zu Polen stempeln und andrerseits die Polen um so leichter vom Verkehr mit den ketzerischen Deutschen abschneiden will. Im übrigen wenden die polnisch-katholischen Geistlichen dieselben Mittel an wie vielfach ihre Kollegen in Deutschland: nur wissen sie den Beichtstuhl und

die Kanzel, wie in vielen Fällen erwiesen ist, noch rücksichtsloser für ihre politischen Ziele auszunutzen. Das hat neulich auch einer der angesehensten Vertreter der deutschen Katholiken, Graf Wilhelm von Hoensbroech, im Gegensatz zum polenfreundlichen Zentrum wiederholt mit scharfen und entschiedenen Worten anerkannt. Hier sei nur ein besonders charakteristisches Beispiel von Ausnutzung des Beichtstuhls für polnische Agitation aus jüngster Zeit erwähnt, über welches das „Posener Tageblatt" (vom 8. Juni 02) berichtet. Der Probst von Zakrzewski zu Schrimm hat nach jenem Blatte der Frau eines Staatsbeamten nur dann die Absolution erteilen wollen, wenn sie das Versprechen gäbe, ihren Mann dahin zu beeinflussen, daß er von seinen deutsch-nationalen Bestrebungen ablasse. Als der entrüstete Ehemann diesen Vorgang veröffentlichte, bezeichnete allerdings der genannte Probst die Mitteilung der Presse als eine tendenziöse Verleumdung, wagte aber trotz der an ihn gerichteten Aufforderung nicht, eine gerichtliche Klage zu erheben. Zudem stellte es sich heraus, daß Herr von Zakrzewski jener Frau strenges Schweigen über seine Zumutung mit der Begründung auferlegt hatte, daß sie sich sonst einer Verletzung des Beichtgeheimnisses schuldig machen würde. Dieses Vorgehen ist insofern sehr beachtenswert, als dadurch erklärlich wird, daß nicht noch häufiger Fälle von Mißbrauch des Beichtstuhls für politische Zwecke bekannt werden.

Zieht man neben dieser verderblichen Macht über die Gewissen, welche die polnische Geistlichkeit durch Beichtstuhl und Beichtunterricht auf ihre Gemeindeglieder ausübt, noch seine durch ausgedehnten Grundbesitz gesicherte soziale Stellung in Betracht, so begreift man es, daß sie vielfach einen höchst bedenklichen Einfluß auf die politischen Verhältnisse ihrer Umgebung ausübt. Dieser kommt namentlich auch darin zum Ausdruck, daß die polnischen Geistlichen meist auch die Leiter der zahlreichen polnisch-nationalen Vereine sind, unter denen sich die berüchtigten Sokolvereine durch ihre radikale Tendenz hervorthun. Und es vergeht kaum ein von diesen veranstaltetes Fest ohne eine Rede des polnischen Geistlichen oder eine von ihm vollzogene Fahnenweihe.

Erst wenn man dieses verhängnisvolle Bündnis des Polentums mit dem Ultramontanismus klar ins Auge faßt — und das scheint man leider selbst in

manchen deutsch-nationalen Kreisen einschließlich unsrer Regierungsvertreter immer noch nicht hinreichend zu thun — versteht man ganz, weshalb die Deutschen in den Ostmarken einen so schweren Stand haben und sich dort vielfach nicht recht heimisch fühlen. Nur so wird es auch ganz verständlich, daß es den polnischen Agitatoren, die eben fast überall an den polnischen Geistlichen ihre besten Helfershelfer finden, gelungen ist, selbst solche Volksteile, die wie die Kassuben und die Wasserpolaken (in Oberschlesien) schon drauf und dran waren, mit der deutschen Sprache auch deutsches Volksbewußtsein anzunehmen, wieder zu bewußten Polen zu machen. Fast noch bedrohlicher aber ist die Rückwirkung der polnischen Agitation auf die bisher rein deutschen Gebiete unsres Vaterlandes. Zunächst durch unmittelbares Vordringen in den Grenzgebieten wie im katholischen Ermeland, in dessen bisher rein deutscher Hauptstadt schon eine der streitbarsten polnischen Zeitungen erscheint, aber neuerdings auch in verschiedenen Teilen der Neumark. So wird aus dem Kreise Züllichau gemeldet, daß von dem zur Provinz Posen gehörigen Dorfe Neukramzig aus zahlreiche polnische Häusler, die sich als sogenannte Sachsengänger oder als Bergarbeiter im Innern Deutschlands etwas Vermögen erworben haben, in verschiedenen Dörfern der Neumark deutsche Bauerngüter angekauft haben, so daß ein Dorf nach dem andern von Polen durchsetzt wird.

Weit bedrohlicher aber erscheint das Herüberströmen großer Massen polnischer Land- und Industriearbeiter in die mittleren und westlichen Provinzen Preußens. Während diese vor 40 Jahren noch fast ganz frei von eingewanderten Polen waren, zählte man bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 bereits gegen 100 000 hier ortsanwesende Polen. Und jetzt wird ihre Zahl nach zuverlässigen Schätzungen, einschließlich der allerdings nur zeitweise anwesenden Landarbeiter mindestens 500000 betragen. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß im Innern Deutschlands größere Massen von Polen sich vor allem im rheinisch-westfälischen Kohlenbezirk, in den Zuckerrüben bauenden Gegenden der Provinz Sachsen und in Berlin und der Provinz Brandenburg aufhalten. Den größten Umfang hat die Einwanderung polnischer Arbeiter im rheinisch-westfälischen Kohlenbezirk, also namentlich in den Regierungsbezirken Arnsberg und Düsseldorf angenommen. Eine treffliche Broschüre des

Alldeutschen Verbandes (Die Polen im rheinisch-westfälischen Kohlenbezirk, München, J. F. Lehmann, 1901) giebt ausführliche und zuverlässige Mitteilungen über die außerordentliche Zunahme und die bedrohliche Haltung der polnischen Bergarbeiter in diesen Gegenden; hier muß ich mich mit wenigen Andeutungen begnügen. Die Zahl der polnischen Bergarbeiter betrug im Jahre 1898 bereits gegen 70 000 und einschließlich ihrer Angehörigen ca. 200 000; ja, in einzelnen Gruben machen die polnischen Bergarbeiter bereits 40, 50 und mehr Prozent der gesamten Belegschaft aus. Und diese großen polnischen Arbeiterkolonien verbinden sich nicht etwa mit der Masse der deutschen Arbeiterbevölkerung, sondern bilden förmlich einen Staat im Staate. Sie halten selbstverständlich mit der größten Zähigkeit an ihrer Sprache fest und suchen dieselben Ansprüche in sozialer, politischer und kirchlicher Hinsicht durchzusetzen wie ihre Landsleute im Osten. In zahlreichen, scheinbar harmloser Geselligkeit oder religiöser Erbauung, in Wahrheit aber in erster Linie politischen Zwecken dienenden Vereinen halten sie fest zusammen und schließen sich von jedem Verkehr mit der deutschen, selbst der katholischen Bevölkerung ab. Bezeichnend ist, daß sie an vielen Orten bereits eine heftige Agitation für polnischen Gottesdienst und polnischen Religionsunterricht eingeleitet haben und sogar dem Zentrum ihre Gefolgschaft gelegentlich aufsagen, wenn es diese Forderungen nicht hinreichend unterstützt. Und was für ein Geist der Widersetzlichkeit und Roheit vielfach in ihren Reihen herrscht, das haben die gewaltthätigen Ausschreitungen in Herne gezeigt, an denen fast ausschließlich Polen beteiligt waren. Fürwahr, es muß jeden deutschen Patrioten mit Schmerz und Besorgnis erfüllen, wenn sich fremde Volkselemente mitten im Herzen Deutschlands derartig breit machen dürfen.

Und nicht viel besser steht es neuerdings auch in Berlin und der Provinz Brandenburg. Die polnische Bevölkerung Berlins und der nächsten Vororte beträgt nach glaubhafter Schätzung jetzt ungefähr 70 000 Seelen, d. h. reichlich $^1/_3$ der gesamten katholischen Bevölkerung, und Berlin ist damit zur drittgrößten Polenstadt der Erde, zur zweitgrößten auf dem ganzen Kontinent geworden. Auch hier gliedert sich die polnische Bevölkerung in zahllose Vereine (jetzt über 50) für fast alle Berufsarten — darunter nicht nur für Arbeiter, Bäcker, Schlächter u. s. w., sondern auch für Hebammen! — und die verschiedensten Zwecke. Besonders

zahlreich sind natürlich die Gesang- und Turnvereine, und letztere hielten neulich in Rixdorf sogar schon einen großen polnischen Turnertag ab. Vor allem ist man aber mit Unterstützung der polnischen Presse (voran des S. 8 erwähnten „Dziennik Berlinski.") bemüht, auch hier polnische Sprache und polnisches Nationalgefühl zu pflegen. Für den Erfolg solcher Bemühungen spricht die Thatsache, daß in Charlottenburg unter ca. 1500 katholischen Kindern nicht weniger als 10 % zu Hause ausschließlich polnisch sprechen, und daß trotz des Verbotes der Regierung wiederholt der Versuch gemacht wurde, den Schulkindern gemeinsamen Privatunterricht in polnischer Sprache und Geschichte zu erteilen. Auch die Entsendung polnischer Kinder als Ferienkolonisten (im Jahre 1901 schon 59) in überwiegend polnische Gegenden dient demselben Zwecke. Ebenso werden auch hier energische Versuche gemacht, die Erteilung des Beichtunterrichtes und Abhaltung regelmäßiger Predigt-Gottesdienste in polnischer Sprache durchzusetzen. Und trotz des zunächst ziemlich zurückhaltenden Verhaltens des Probstes Neuber wird diese Agitation schließlich gewiß den gewünschten Erfolg haben. Wenigstens hat man ihnen in Weißensee und Charlottenburg bereits die Abhaltung regelmäßiger polnischer Gottesdienste zugestanden. Welchen Starrsinn aber die sonst so streng katholischen Polen in dieser Richtung entfalten können, zeigt das Beispiel eines Vaters mit dem urpolnisch klingenden Namen Schulz, der sein Kind lieber gar nicht taufen lassen wollte, wenn die Taufe nicht in polnischer Sprache vollzogen werde, während ein andrer Pole namens Wilhelmi vor dem Standesbeamten, der die Eintragung des Namens Miecislav verweigerte, erklärte: „Lieber soll mein Sohn keinen Namen haben als einen deutschen!" — Aber auch an andern Orten der Povinz Brandenburg ist die Zahl der Polen außerordentlich gewachsen, besonders natürlich in den Industriebezirken; ebenso dürfte es kaum noch ein größeres Rittergut geben, das nicht 20, 30 und mehr meist polnische Schnitter beschäftigte. Auf dem platten Lande liegen ja die Verhältnisse insofern günstiger, als nach den gesetzlichen Vorschriften die polnischen Arbeiter, soweit sie aus dem Auslande stammen, nur vom April bis 15. Dezember hier bleiben dürfen. Doch ist nach verschiedenen Anzeichen zu bezweifeln, ob diese Verfügung überall streng durchgeführt wird. Auch richtet sich ja jene Verordnung nur gegen die aus dem Auslande, namentlich aus Ruß-

land stammenden Arbeiter, während die aus Posen oder Westpreußen eingeführten selbstverständlich das Recht der Freizügigkeit ausnützen können. Zudem befinden sich unter den durch die Mietskontore zugeschickten Knechten und Mägden zahlreiche Polen und Polinnen, von denen sich nicht wenige später verheiraten und dauernd niederlassen. In kirchlicher Hinsicht bedeutet das natürlich eine starke Durchsetzung rein protestantischer Gegenden mit zahlreichen Katholiken und zunächst deren kirchliche Versorgung an den Festen und einzelnen Sonntagen, häufig aber auch die Bildung neuer katholischer Gemeinden, katholischer Schulen und nicht selten in den unvermeidlichen Mischehen mit einheimischen Protestanten für eifrige Priester die beste Gelegenheit zum Seelenfang.

2.

Wenn das so fortgeht, so werden wir in der Mark und andern Teilen des inneren Deutschlands bald ähnliche Zustände wie in den Ostmarken haben. Aber wenn das auch nicht zu befürchten wäre, so haben wir, wie wir sahen, auch sonst als evangelische Deutsche hinreichende Veranlassung, eine klare und entschiedene Stellung zur Polenfrage einzunehmen. Und diese Stellungnahme kann unserer Ansicht nach keine andre sein als die, daß wir mit aller Kraft in den uns von polnischer Seite aufgezwungenen Kampf für unsre deutsche Sprache und Sitte, für deutsches Recht und deutsche Bildung eintreten. Wir freuen uns, daß unsre deutschen Brüder in den Ostmarken durch Bildung des trefflichen „Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken“ das Signal zu diesem Verteidigungskampfe gegeben haben, und nicht minder freudig begrüßen wir es, daß unsre Regierung nach manchem Tasten und Schwanken wieder zu den seit den Tagen Friedrichs des Großen bewährten Traditionen einer entschieden nationalen Ostmarkenpolitik zurückgekehrt ist. Es waren schöne und große Worte, mit denen unser Reichskanzler feierlich dieser Stellungnahme der Regierung Ausdruck gab. Bedeutsam war schon die Erklärung von dieser Stelle, daß die Ostmarkenfrage nicht nur eine der wichtigsten, sondern geradezu diejenige Frage sei, von deren Beantwortung die nächste Zukunft unsres Vaterlandes, ja, auch seine Weltmachtstellung

abhänge, da diese nur dann behauptet werden könne, wenn wir keinen Riß aufkommen ließen in dem Gefüge unserer nationalen Geschlossenheit. Noch bedeutsamer aber erscheint mir, daß der Reichskanzler die Notwendigkeit eines stetigen und festen Vorgehens betonte, um den unlösbaren und für den Bestand des ganzen Staates unentbehrlichen Zusammenhang der östlichen Provinzen mit der preußischen Monarchie zu sichern. Daß wir als evangelische Deutsche das Recht, ja die Pflicht haben, eine solche nationale Politik zu unterstützen, dürfte niemand unter uns bestreiten. Freilich in der Presse macht sich hier und da noch immer jene veraltete Auffassung geltend, als ob der Staat nichts weiter zu thun habe, als das Leben und Eigentum seiner Bürger zu schützen. Wir evangelischen Christen denken dagegen höher von den Aufgaben des Staates; wir wissen, daß er berufen ist, auch für die geistige und sittliche wie für die soziale Wohlfahrt seiner Bürger zu sorgen. Und dazu kommt noch, daß unser preußischer Staat und ebenso das neue deutsche Reich auf streng nationaler Grundlage beruht. Das ist uns so in Fleisch und Blut übergegangen, daß ein Staatengebilde wie das benachbarte Oesterreich mit seinem Völker- und Sprachengemisch uns kaum noch als ein rechter Staat erscheint. Im Prinzip werden wir daher grade als Protestanten unsrer Regierung das Recht unbedingt zuerkennen, für die Aufrechterhaltung und Verbreitung deutscher Sprache und Kultur, zumal gegenüber dem Ansturm niedriger stehender fremder Volksteile kraftvoll einzutreten. Und wenn ein Glied leidet oder sich dem Ganzen nicht recht einfügen will, so werden wir dem Staate die Berechtigung nicht absprechen, stützend oder hemmend einzugreifen, ja, wo es not thut, auch vor sogenannten Ausnahmegesetzen nicht zurückzuschrecken. Denn die doktrinäre Scheu vor Ausnahmegesetzen hat hier genau so wenig Berechtigung wie inbezug auf die Jesuitenfrage.

Wenden wir diese allgemeinen Grundsätze auf die Polenfrage an, so werden wir nicht nur den einzelnen deutschen Volksgenossen, sondern auch der Regierung das Recht zugestehen, mit allen rechtmäßigen Mitteln dem oben geschilderten Notstand abzuhelfen, in dem sich ein großer Teil der deutschen Bevölkerung befindet; ja, noch mehr, auch dahin zu streben, daß auch die Polen mehr und mehr sich die deutsche Kultur aneignen und so allmählich mit dem deutschen

Volkskörper verwachsen, natürlich unter thunlichster Wahrung der Freiheit des einzelnen. Was den ersten Punkt betrifft, so werden wir es mit Freuden begrüßen, wenn die Regierung entschlossen ist, auf dem Wege *der inneren Kolonisation durch Ansiedlung deutscher Bauern* fortzuschreiten und das großartige Werk der Ansiedlungskommission, deren segensreicher Einfluß mehr und mehr selbst zahlenmäßig[1]) festzustellen ist und sich auch mir bei einer persönlichen Besichtigung aufgedrängt hat, mit Energie fortzusetzen. Nicht minder wichtig ist die *Stärkung des deutschen Bürgertums in den Städten* und zu dem Zwecke die Förderung der deutschen Industrie und besonders des schwer bedrängten Handwerks. Auch das, was die Regierung plant, um die *geistige Kultur* im deutschen Sinne zu fördern und dadurch den deutschen Ostmärkern das Leben lebenswerter zu machen, verdient unsre Unterstützung. Freilich wird man über die dazu zu ergreifenden Mittel im einzelnen streiten können, ob z. B. mit der Errichtung von wissenschaftlichen Bibliotheken und von Museen viel erreicht wird, oder ob man gut thun wird, grade in Posen eine Universität zu begründen oder nicht. Wichtiger erscheint mir, daß man nach wie vor die *Hebung des Volksschulwesens* im Auge behält. Auf diesem Gebiete hat bekanntlich die preußische Regierung schon unendlich viel geleistet. Aber die häufigen Klagen über mangelhafte Schulräume, Ueberfüllung der Klassen und unzureichende Besoldung sind leider oft nur zu berechtigt, wie auch der bedenkliche Lehrermangel zeigt. Um so anerkennenswerter ist, was trotzdem die Volksschule für die Hebung der Volksbildung geleistet hat, wie die Statistik über die Analphabeten zeigt. Sehr viel bleibt ferner noch inbezug auf die *Stellung der deutschen Beamten* zu bessern. Wir begrüßen daher die Worte, die der Reichskanzler über ihre hohen Aufgaben gesprochen hat und über die Notwendigkeit, sie so zu stellen, daß sie eine Anstellung in gemischtsprachigen Gegenden als eine Auszeichnung und Anwartschaft auf eine erfolgreiche Laufbahn ansehen, mit besonderer Genugthuung, wobei natürlich die selbst-

---

[1]) Professor Hans Delbrück hat sich allerdings vor kurzem in den „Preußischen Jahrbüchern" sehr ungünstig über die Erfolge der Ansiedlungskommission ausgesprochen und dies u. a. damit begründet, daß die Deutschen sich trotz deren Thätigkeit nur um $3^3/_4$ Prozent vermehrt haben. Er hat aber dabei auffallenderweise übersehen, daß von diesen $3^3/_4$ Prozent nicht weniger als 2 Prozent auf die Ansiedlungen kommen.

verständliche Voraussetzung bleibt, daß die Beamten mit den Verhältnissen in den Ostmarken genau vertraut sind. Vielleicht verschwindet dann endlich jenes bedauerlicherweise weit verbreitete Vorurteil, daß eine Versetzung in den Osten so ziemlich einer Verbannung nach Sibirien gleich komme.

Ueber das alles werden sich in gut deutschen Kreisen schwerlich solche Differenzen erheben, welche die Köpfe erhitzen können. Sofort anders wird die Sachlage, sowie wir die kirchlichen Verhältnisse mit in Betracht ziehen, die sich, wie wir oben sahen, grade in den Ostmarken vielfach mit nationalen Fragen so eng berühren. Hier können die größten Schwierigkeiten entstehen; ja, Konflikte zwischen einer entschlossenen nationalen Politik und den kirchlichen Ansprüchen sind kaum zu vermeiden. Es wäre daher denkbar, daß der Staat entweder durch allzu rücksichtsloses Vorgehen das religiöse Empfinden verletzte, oder daß er vor einer kirchlichen Gemeinschaft oder Partei allzu ängstlich zurückwiche. Die erste Möglichkeit führt uns nochmals zu den Wreschener Vorgängen und den durch sie veranlaßten öffentlichen Auseinandersetzungen über die Sprachenfrage zurück. In der ersten Erregung über die scheinbare Härte, mit der in Wreschen die polnischen Kinder behandelt sind, weil sie sich weigerten, dem deutschen Religionsunterrichte zu folgen, haben sich nicht wenige deutsche Blätter und zwar nicht bloß radikaler Richtung, sondern auch manche sonst gut deutsch und protestantisch gerichtete dahin ausgesprochen, daß in Wreschen ein System unverantwortlicher Quälerei angewandt sei. In dieses Urteil hat z. B. anfangs auch ein uns in mancher Hinsicht bisher so nahestehendes Blatt wie die „Christliche Welt" nicht ohne starke sittliche Entrüstung eingestimmt. Freilich hat dieses Blatt damit in den Kreisen seiner eignen Leser vielfach entschiedenen Widerspruch erregt, und seinem sonst hochverdienten Schriftleiter ist in diesem wie in andern Fällen der Vorwurf nicht erspart geblieben, daß er sich zuweilen von einem fast krankhaften Gerechtigkeitsgefühl zu Auslassungen verleiten lasse, die unbeabsichtigt geradezu zur Schädigung der deutsch-evangelischen Sache führen. Und so hat er denn auch in dieser Frage mehr und mehr den Rückzug antreten müssen. Vor allem mußten die „Christliche Welt" und andere Blätter zugeben, daß die polnische Presse ganz entstellende Berichte gebracht hatte, und daß von einer grausamen Mißhandlung der Kinder nicht die Rede sein kann, während

man allerdings darüber streiten kann, ob gegen sie wie gegen die Eltern von Anfang an in jeder Hinsicht richtig und klug verfahren ist. Aber hier ist nur die für uns *prinzipiell* wichtige Frage zu entscheiden, *ob der Staat ein Recht dazu hat, den Religionsunterricht an polnische Kinder in deutscher Sprache* erteilen zu lassen. Die „Christliche Welt" hat diese Frage entschieden verneint und zwar mit der Begründung, daß ein wirksamer, seinen hohen Zwecken entsprechender Religionsunterricht *nur in der Muttersprache* erteilt werden könne. Nun wird niemand unter uns sein, der nicht ein volles Verständnis für diese Begründung hätte. Und wenn eine der polnischen Mütter erklärte, sie könne nun mit ihren Kindern nicht mehr zusammen beten, so schien das mit Empfindungen zusammenzustimmen, denen z. B. ein Max von Schenkendorf in seinem herrlichen Gedichte „Muttersprache, Mutterlaut, wie so wonnesam, so traut!" Ausdruck verliehen hat. Aber von der *persönlichen und häuslichen Ausübung der Religion* ist ja hier *gar nicht die Rede*, vielmehr nur vom *Unterrichte in der Religion in den öffentlichen* Schulen. In diesen hat der nationale Staat an sich das gute Recht, die *deutsche Unterrichtssprache in allen Fächern einschließlich der Religion* durchzuführen. *Pädagogisch* gerechtfertigt wird freilich ein solches Vorgehen nur sein, wenn die Kinder imstande sind, die religiöse Belehrung in deutscher Sprache sich wirklich anzueignen. Aber nach dem zuverlässigen Zeugnis bewährter Schulmänner ist dieses Ziel für die Oberstufe der Volksschule selbst bei ursprünglich nur polnisch redenden Kindern durchaus erreichbar. Ja, nach ihrer Aussage liegt es so, daß die Kinder inbezug auf scharfe Auffassung religiöser Gedanken mittels der deutschen Sprache meist weiter gefördert werden können als mittels der polnischen. Hier zeigt sich eben die große Ueberlegenheit der deutschen Geistesbildung inbezug auf die schärfere Durcharbeitung der höheren Begriffswelt. Um so weniger braucht der Staat Bedenken zu tragen, die *in nationaler Beziehung so dringend wünschenswerte* Erteilung auch des Religionsunterrichtes in deutscher Sprache mehr und mehr durchzuführen. Denn es muß auf die Kinder verwirrend wirken, wenn das Deutsche zwar im gesamten übrigen Unterricht, aber grade im wichtigsten Fache, dem Religionsunterricht, nicht angewandt wird. Dieser Umstand leistet immer wieder der Volksauf-

fassung Vorschub, daß für die Religion nur die polnische Sprache gut genug sei. Dazu kommt aber noch, daß der Staat einerseits für die Minderheit der deutschen katholischen Kinder sorgen muß und andrerseits ein starkes Interesse daran hat, daß auch die polnischen Kinder zur Teilnahme am deutschen Kulturleben befähigt werden. Denn den Standpunkt, den merkwürdigerweise Professor Hans Delbrück vertritt, der Staat solle doch den polnischen Kindern nicht durch Erlernung einer zweiten Sprache eine Überlegenheit im Konkurrenzkampfe mit den Deutschen verschaffen, sondern sie lieber in ihrer Unwissenheit belassen, kann ich nicht für eine eines christlichen Kulturstaates würdige Staatsmaxime halten. Sollten aber die Schwierigkeiten, die sich dem Religionsunterrichte in deutscher Sprache entgegenstellen, sich wirklich als unüberwindlich erweisen, so würde ich es für das Richtigste halten, in überwiegend polnisch-katholischen Gegenden den Religionsunterricht gänzlich aus dem Betriebe der Volksschule auszuschließen, so sehr ich dies sonst im Prinzip verwerfe. Freilich liegt die Befürchtung nahe, daß die polnischen Geistlichen dann erst recht ihren bedenklichen Einfluß auf die Jugend geltend machen könnten; doch würde dieses ungünstige Moment gewiß reichlich durch die dann völlig unabhängige Stellung der Lehrerschaft aufgewogen werden.

Aber auch bei der strengen Durchführung der deutschen Unterrichtssprache haben die Polen am wenigsten Ursache, über tyrannische Härte zu klagen, sie, die durch ihre eigne rücksichtslose Unterdrückung der Ruthenen in Galizien zeigen, wie wenig sie sich selbst an ihre scheinbar so humanen Forderungen halten. Und wenn man zur Beschämung Deutschlands gar auf Rußland verwiesen hat, das so viel rücksichtsvoller in der Sprachenfrage sei, so zeugt dies von einer starken Unkenntnis der Verhältnisse, wie das Verfahren gegen zahlreiche polnisch-katholische Geistliche beweist, die wegen ihres Eintretens für die polnische Sprache ohne weiteres nach Sibirien geschickt sind; vor kurzem wurde sogar ein polnischer Bischof aus demselben Grunde seines Amtes enthoben. Auch die scheinbare Erfolglosigkeit solcher nationalen Schulpolitik macht uns nicht an ihr irre. Sie ist eben nur scheinbar. Wenn die Regierung auf dem eingeschlagenen Wege mit Festigkeit beharrt, so wird die jetzt so hoch wogende Gegenagitation schon nachlassen und ein schließlicher Erfolg nicht

ausbleiben. Darum, ohne einem rücksichtslosen deutschen Chauvinismus das Wort reden zu wollen, müssen wir doch auch hier vor jener weichlichen Sentimentalität warnen, durch die unser nationales Empfinden trotz des vorbildlichen Lebenswerkes eines Bismarck noch immer vielfach geschwächt und irregeleitet wird.

Eine zweite Schwierigkeit liegt in der Frage, ob eine nationale Ostmarkenpolitik die verschiedenen Konfessionen ganz gleich behandeln soll. An sich haben wir ja nichts dagegen einzuwenden, wenn der Reichskanzler alle einseitig konfessionellen Tendenzen, katholische wie evangelische, entschieden ablehnte. Freilich, die allzu oft wiederholte Erklärung, daß ihm nichts ferner liege als eine Beeinträchtigung der katholischen Kirche, hat uns doch etwas stutzig gemacht. Sie erschien uns im Zusammenhange mit zahlreichen andern Vorgängen der letzten Zeit wie eine ängstliche Verbeugung vor dem allmächtigen Zentrum, mit dem man es doch auch wegen der Polenfrage nicht gern verderben möchte. Trotzdem halten auch wir es für klug und richtig, nach dem Grundsatze: divide et impera! eine möglichst scharfe Unterscheidung zwischen dem deutschen und polnischen Katholizismus zu machen und, während man die Uebergriffe des polnischen Klerus und seines Anhanges zurückweist, den deutschen Katholizismus in den Ostmarken zu schützen. Aber ob nicht doch wie bisher die Gemeinsamkeit der katholisch-ultramontanen Interessen sich meist mächtiger erweisen wird als der nationale Gegensatz? — Was wir oben (S. 8 f.) über das Bündnis des Polentums mit dem Ultramontanismus und seine verhängnisvollen Wirkungen ausgeführt haben, läßt für uns keinen Zweifel bestehen, wie diese Frage zu beantworten ist. Graf Wilhelm von Hoensbroech hat allerdings in einem bemerkenswerten Anschreiben an den deutschen Ostmarkenverein (vom 23. April d. J.), in dem er sich über Propagandagelüste der protestantischen Presse inbezug auf die Ostmarken beklagt, entschieden geleugnet, daß der katholische Deutsche dem polnischen Einfluß zugänglicher sei als der evangelische Deutsche. Denn er müsse „für seine deutschen Glaubensgenossen dasselbe Maß von treuer Vaterlandsliebe in Anspruch nehmen, welches er den Angehörigen andrer Konfessionen zuerkenne“. Dieses Recht soll ihm keineswegs abgesprochen werden; aber wir müssen dem Herrn Grafen einfach zurufen: facta loquuntur (die

Thatsachen reden). Ich wies schon darauf hin, daß die polnische Propaganda in dem ursprünglich rein deutschen, aber katholischen Ermeland neuerdings erhebliche Fortschritte macht und zwar wesentlich mit Unterstützung des katholischen Klerus. Das schlagendste Beispiel ist aber das Schicksal der sogenannten Bamberger, jener deutsch-katholischen Kolonisten, die im 18. Jahrhundert in der Nähe der Stadt Posen mehrere Dörfer besiedelt und bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts sich deutsche Sprache und Sitte bewahrt hatten. Es ist ebenso beschämend wie betrübend zu sehen, daß diese kerndeutschen Gemeinden in kaum einem Menschenalter völlig polonisiert sind und zwar nicht sowohl durch Mischung mit der polnischen Umgebung als durch den Einfluß der polnisch-katholischen Geistlichkeit, die sogar die Volksschule unter den Augen katholischer Schulräte als Mittel der Polonisierung benutzte. Wenn derartiges bei ganz kompakten deutschen Gemeinden möglich ist, wie schwer muß es dann sein, das Deutschtum der vereinzelten Katholiken zu schützen! Wir fürchten, daß dazu auch die strengste Beaufsichtigung durch die Regierungsorgane nicht immer ausreichen wird. Aus diesem Grunde halten wir es auch für durchaus richtig, wenn die Ansiedlungskommission evangelische Bauern verhältnismäßig stärker als katholische berücksichtigt. Von ultramontaner Seite ist allerdings vor kurzem im Abgeordnetenhause lebhafte Klage über unparitätische Behandlung der Konfessionen erhoben, ja, über Protestantisierung des Ostens geklagt worden im Hinblick darauf, daß gegenüber 4459 evangelischen nur 256 katholische Bauern angesiedelt worden sind. Mit Recht wurde demgegenüber von seiten der Regierung darauf hingewiesen, daß sich auch nur 1185 Bewerber katholischer Konfession und dagegen 13 473 Bewerber evangelischer Konfession gemeldet haben. Wir würden es aber sogar durchaus begreiflich, ja berechtigt finden, wenn die katholischen Bewerber noch weniger berücksichtigt würden, weil sie eben von vornherein weniger Gewähr für ihre nationale Widerstandsfähigkeit als die evangelischen bieten. Zum wenigsten sollte man katholische Bauern niemals vereinzelt in überwiegend polnischer Umgebung ansiedeln, weil sie dann erfahrungsgemäß doch bald dem Deutschtum verloren gehen. Eine Protestantisierung des Ostens braucht darum doch von katholischer Seite keineswegs befürchtet zu werden, da, wie auch der Vorstand des Ostmarkenvereins neuer-

dings in seiner übrigens sehr entgegenkommenden Antwort auf das erwähnte Schreiben des Grafen von Hoensbroech hervorgehoben hat, die katholisch-polnische Bevölkerung — leider! — thatsächlich aus den S. 5 angeführten Gründen viel stärker wächst als die deutsch-evangelische.

Trotzdem erkennen wir das Bestreben der Regierung, den deutsch-katholischen Minoritäten ihren Schutz zu gewähren, als vollberechtigt an und werden uns neidlos und aufrichtig freuen, wenn es ihr gelingt, ihnen mehr und mehr das bisher vielfach so rücksichtslos versagte Recht auf deutsche Seelsorge zu sichern. Aber wenn man sich davon so viel verspricht, daß man damit im wesentlichen die Polenfrage zu lösen glaubt, so müssen wir das für einen gefährlichen Optimismus halten. Denn so lange das Zentrum mit Hülfe der katholischen Geistlichkeit die deutschen Katholiken beherrscht und sich nicht scheut, wie es vielfach geschehen ist, bei den Wahlen zur Erreichung der gemeinsamen ultramontanen Ziele mit den Polen Wahlbündnisse einzugehen und dadurch die deutschen Parteien an die Wand zu drücken, so lange ist auf die Mitwirkung der deutschen Katholiken in den Ostmarken nicht mit Sicherheit zu rechnen. Und erst dann können wir unsre Zweifel fahren lassen, wenn unsre deutsch-katholischen Brüder sich von der Herrschaft des Zentrums und der ultramontanen Richtung überhaupt lossagen und es wagen, selbst gegen den Willen ihrer Geistlichen offen und ehrlich mit den evangelischen Volksgenossen Front gegen die Polen zu machen. So ist also nach unsrer Ueberzeugung *die Bekämpfung des Ultramontanismus eine der wesentlichsten Vorbedingungen zur Ueberwindung des Polentums.* Freilich so lange unsre Regierung diesem Feinde nicht ernstlich ins Auge zu sehen wagt und die Hülfe des Zentrums für ihre Politik nicht entbehren zu können glaubt, können wir nicht erwarten, daß die deutschen Katholiken die Kraft finden werden, den oben angedeuteten Weg einzuschlagen.

Wie ganz anders ist die Stellung, welche die *evangelische Bevölkerung der Ostmarken zur Nationalitätenfrage einnimmt!* Denn wenn sich auch deutsch und evangelisch, polnisch und katholisch, wie wir sahen, keineswegs völlig decken, so bildet doch thatsächlich *die evangelische Kirche den besten Rückhalt des Deutschtums*, und ein Konflikt zwischen beiden ist gradezu ausgeschlossen. Der deutlichste Beweis dafür liegt in der Haltung der *polnisch-*

evangelischen Bevölkerung. Denn obwohl die polnischen Gemeinden evangelischer Konfession im südlichen Posen und die fast ganz evangelischen Masuren — übrigens 2—300 000 Seelen — sich ihre Muttersprache meist bis heute erhalten haben, so fühlen sie sich doch nicht als nationale Polen, sondern als gute Preußen, ja vielfach als Deutsche, ebenso gut wie etwa die Wenden im Spreewald; und alle Versuche der polnischen Agitation[1]) sind bisher bei ihnen gescheitert. Ja, viele von ihnen sind bereits völlig germanisiert, namentlich wenn sie in überwiegend deutsche Gegenden kamen. Darum machen auch z. B. die zahlreichen masurischen (evangelischen) Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Kohlengebiete im Gegensatz zu ihren katholischen Volksgenossen nicht die geringsten Schwierigkeiten und werden ohne Frage bald ganz in ihrer deutschen Umgebung aufgehen. Wie zäh aber die deutsch-evangelische Bevölkerung der Ostmarken im Gegensatz zu vielen deutschen Katholiken oft unter dem schwersten wirtschaftlichen Druck und in völliger Vereinsamung an ihrer nationalen Eigenart festhält, das bedarf für den Kenner der Verhältnisse keines weiteren Nachweises. Welche Folgerung ergiebt sich aber aus dieser thatsächlichen Verschiedenheit der Konfessionen? Ich denke, für eine Regierung, die keine Vogel-Strauß-Politik, sondern echte Realpolitik treiben will, und vollends für den preußischen Staat mit seinem Grundsatz: suum cuique! folgt daraus aufs deutlichste, daß er bei aller Rücksichtnahme auf die katholischen Deutschen doch nie vergißt, daß er an den evangelischen Deutschen des Ostens seit jeher die zuverlässigste Stütze findet. Und daraus ergiebt sich meines Erachtens weiter die zwingende Konsequenz, daß das beste Mittel einer deutsch-nationalen Ostmarken-

---

[1]) Interessant ist, daß, wie nachträglich gerichtlich erwiesen ist, ein in Lyck und später in Ortelsburg erscheinendes „polnisch-evangelisches Blatt für das masurische Volk“, das hauptsächlich aus Mangel an Abonnenten bald wieder eingehen mußte, unter Mitwirkung des bekannten polnischen Abgeordneten, Pfarrer Dr. Wolszlegier, begründet worden ist. Dieser gestand nämlich bei einer gerichtlichen Verhandlung, daß er dem Redakteur des genannten Blattes Bahrke seine Druckerei zur Benutzung überlassen und im Falle, daß das Unternehmen glücken werde, zu schenken versprochen habe. So wird durch den polnischen Klerus die Agitation unter verstellter Maske auch in die polnisch-evangelische Bevölkerung hineingetragen, gewiß in der Hoffnung, so nicht bloß für die polnische Nation, sondern schließlich auch für die römische Kirche zu arbeiten.

politik in der Beschützung und Unterstützung der deutsch-evangelischen Bevölkerung besteht. Wir haben oben angedeutet, daß wir von der Regierung keineswegs eine konfessionell-protestantische Ostmarkenpolitik erwarten. Wohl aber sollte sie — nicht aus Vorliebe für die evangelische Kirche, sondern im eigensten Staatsinteresse — dem Protestantismus Gelegenheit geben, seine Kräfte voll zu entfalten, in der auf hundertjähriger Erfahrung beruhenden Zuversicht, daß jeder Fortschritt des Protestantismus zugleich ein Gewinn für die deutsche Sache ist.

Daß nach dieser Seite und zwar vor allem durch bessere finanzielle Ausstattung der evangelischen Schulen und Kirchgemeinden noch viel mehr geschehen könnte und sollte, das weiß niemand besser als die Freunde des Gustav-Adolf-Vereins. Trotz aller seiner erfolgreichen Bemühungen liegt noch heute in der evangelischen Diaspora der Ostmarken ein großer Notstand vor. Daß es mit der kirchlichen Versorgung der vereinzelten Protestanten noch immer recht schlecht bestellt ist, und daß die jungen Gemeinden oft sehr lange warten müssen, bis sie eine ausreichende Kirche und ein Pfarrhaus, Pfarrer und Lehrer haben, ist wohl allgemein bekannt. Zu wenig beachtet wird aber, daß auch die älteren Gemeinden vielfach sich mit sehr schlechten, oft geradezu baufälligen Bethäusern begnügen, und vor allem, daß sie oft 2—300 Prozent an Schul- und Kirchensteuern aufbringen müssen, was doch wahrhaftig für Gemeinden von armen Kossäten und Häuslern keine Kleinigkeit ist. Das sind Notstände, deren Beseitigung doch vor allem im Sinne einer gesunden Ostmarkenpolitik läge, weil sie wesentlich dazu beitragen würde, der deutschen Bevölkerung den Mut zum wackeren Ausharren zu stärken. Vor allem aber sollten solche Mißgriffe vermieden werden, daß man den Ansiedlergemeinden zwar neue Kirchen baut, aber nicht zugleich für die Mittel zur Anstellung eines Pfarrers sorgt, so daß die Kirchen mehrfach zum Spott der katholischen Polen leer stehen sollen.

Freilich müssen wir uns hüten, in den Fehler zu verfallen, an dem wir sogenannten Ostelbier als gute Altpreußen nur zu oft kranken, daß wir alles Heil nur von der Regierung erwarten und selbst zu wenig mithelfen. Das mochte in der guten alten Zeit des patriarchalischen Regiments das Richtige sein, unter den heutigen Verhältnissen ist es völlig verkehrt. Ist in letzter Zeit in den Ostmarken eine

Wendung zum Besseren eingetreten, so haben wir das in erster Linie nicht unsrer Regierung, sondern der Selbstermannung der deutschen Ostmärker zu verdanken. Nun kommt alles darauf an, daß wir jene Vorkämpfer nicht im Stiche lassen, und namentlich, daß wir evangelischen Deutschen mitten im Reiche unsre Schuldigkeit thun und zwar zunächst durch treuere Fürsorge für die evangelische Diaspora. So hocherfreulich die opferfreudige Unterstützung ist, welche die evangelische Bewegung in Oesterreich jetzt aller Orten im protestantischen Deutschland findet, so bedauerlich ist es doch, daß die Fürsorge für die evangelischen Diaspora-Gemeinden des preußischen Ostens keineswegs im entsprechenden Maße gewachsen ist. Hoffentlich wird das neuerwachte Interesse für die Polenfrage zu einem Ansporn für weitere Kreise, sich in erhöhtem Maße der Pflichten gegen unsre ostdeutschen Glaubensgenossen zu erinnern und vor allem dem Gustav-Adolf-Verein eine nachhaltigere Unterstützung der evangelischen Gemeinden und Anstalten zu ermöglichen. Nehmen wir uns an den Katholiken West- und Süddeutschlands ein Beispiel, die ganz andre Summen für ihre Diaspora im östlichen Deutschland aufbringen! Den Mitgliedern des Evangelischen Bundes aber möchte ich ein Werk auch an dieser Stelle noch besonders ans Herz legen, das vom Evangelischen Bunde in Fühlung mit dem Alldeutschen Verbande mit weitschauendem Blicke vor einigen Jahren ins Leben gerufen ist. Ich meine die Begründung und Erhaltung von Waisenhäusern, die den Plan verfolgen, aus den großen Städten des Westens verwaiste oder sittlich gefährdete Kinder in Waisenhäuser des Ostens überzuführen und sie dort in deutsch-evangelischem Geiste zu erziehen, um so einen tüchtigen Nachwuchs an deutschen Handwerkern und Landarbeitern heranzubilden, an welchem es dort so sehr fehlt. Wahrlich ein Unternehmen, das, in größerem Maßstabe betrieben, nicht nur in kirchlicher, sondern auch in sozialer und nationaler Hinsicht von der segensreichsten Bedeutung werden könnte. Ich habe selbst Gelegenheit gehabt, mich durch eignen Augenschein von der trefflichen Einrichtung und Leitung der beiden Anstalten zu Groß-Tillitz und Neuzedlitz zu überzeugen. Aber namentlich erstere, vom Evangelischen Bunde allein begründete Anstalt bedarf noch dringend der Unterstützung unsrer Zweigvereine (Näheres durch Schulrat Lange, Neumark in Westpreußen).

Auch müßten 5 bis 6 derartige Anstalten erstehen, um den großen Gedanken jenes Unternehmens einigermaßen zu verwirklichen.

Und nun noch ein kurzes Wort über die polnische Einwanderung in die inneren Teile Deutschlands! Vor allem wird die Regierung darauf bedacht sein müssen, diese noch mehr einzudämmen und ihr agitatorisches Auftreten energisch zu unterdrücken. Unsre evangelischen Landwirte aber möchte ich bitten, noch mehr als bisher darauf zu sehen, daß sie möglichst mit deutschen Arbeitern und Knechten auskommen, wozu bei dem jetzt herrschenden Niedergange der Industrie mehr Aussicht vorhanden ist. Wo sie aber fremde Hülfskräfte als Schnitter nötig haben, sollten sie sich bemühen, deutsche und womöglich evangelische Arbeiter aus Galizien oder Südungarn zu gewinnen. Durch die Veranstaltung des Vereins „Deutscher Heinrich zur Wohlfahrtspflege der Wanderarbeiter“, dessen Sitz sich in Witzenhausen an der Werra befindet, und neuerdings auch durch die Landwirtschaftskammern sind bereits mehrere Tausende solcher Arbeiter auf deutschen Gütern untergebracht worden und haben sich, soweit wir hören, überall bewährt. Damit würden unsre Landwirte selbst besser fahren als mit polnischen Arbeitern, zugleich aber auch ein in nationaler Hinsicht höchst wichtiges Werk unterstützen. Den Pfarrern aber und Lehrern in Stadt und Land rufen wir zu: „Habt ein wachsames Auge auf die zugewanderten polnischen Elemente, auf daß sie nicht zum Hebel für die römische Propaganda werden!“ Und an alle Mitglieder des Evangelischen Bundes sowie an alle warmen Freunde des deutsch-evangelischen Volkes richten wir die herzliche Bitte, mit einzutreten in den großen Verteidigungskampf für deutsche Art und Sprache, auf daß wir alle auf deutschem Boden unsres deutschen Glaubens leben und froh bleiben können. Dann wird sich an uns das alte Wort bewähren: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott.“

Druck von Lippert & Co., Naumburg a. S.

50 Pf. *81. (9) Römischer Angriff und evangelische Abwehr. Von Konf.-Rat. D. Leuschner. 15 Pf. 82/83. (10/11) Die jesuitische Dreieinigkeit. I. Von C. Zimmermann. 50 Pf. 84. (12) Studentenschaft und Evang. Bund. Von G. Rauter. 20 Pf.

VIII. Reihe (Heft 85—96). *85. (1) Festpredigt bei der VI. Generalversammlung in Speier über Hebr. 10, 32—39. Von Hofprediger W. Faber. Eröffnungsansprache des Grafen Wintzingerode-Bodenstein bei der VI. Generalversammlung. 30 Pf. 86. (2) Der Kampf unserer Zeit ein Kampf zwischen Glauben und Aberglauben. Vortrag von Prof. D. Witte. 25 Pf. 87. (3) Das deutsche Reich und die kirchliche Frage. Vortrag von Konsistorial-Rat D. Leuschner. 20 Pf. *88. (4) Der Stand der Heidenmission im Jahre 1892. Mündlicher Bericht, erstattet auf der sächsischen Provinzialsynode von D. Warneck. 10 Pf. 89. (5) Angriff und Abwehr. III. Von Dr. R. Weitbrecht. 20 Pf. 90. (6) Angriff und Abwehr. IV. Von Dr. R. Weitbrecht. 20 Pf. 91. (7) Ein betrügerischer Bankerott im Jahre 1761. Von Fridolin Hoffmann. 25 Pf. *92. (8) Warum ist Roms Macht im letzten Jahrhundert gewachsen? Von Pastor Wuttke. 20 Pf. *93. (9) Der rechte evangelische Arbeiter. Von Gymn.-Professor Gümbel. 15 Pf. 94. (10) Predigt bei der VII. Generalversammlung in Bochum über Matth. 10, 32—39. Von Pfarrer Hackenberg. 20 Pf. 95. (11) Eröffnungsrede des Herrn Grafen von Wintzingerode-Bodenstein bei der VII. Generalversammlung. 15 Pf. *96. (12) Die weltüberwindende Kraft des evangelischen Glaubens. Von Prof. Prediger Scholz. 25 Pf.

IX. Reihe (Heft 97—108). 97. (1) Generalbericht für das Jahr 1893/94. Erstattet bei der VII. Generalversammlung vom Schriftführer, Konsistorialrat D. Leuschner. 25 Pf. 98/99. (2/3) Zur Erinnerung an Gustav Adolf. Von Prof. Dr. J. O. Opel. 40 Pf. 100/101. (4/5) Gustav Adolf im Lichte der Geschichte. Von Dr. C. Fey. 50 Pf. *102/105. (6/9) Was giebt der evangelische Protestantismus den ihm zugehörigen Völkern vor den römisch-katholischen Völkern voraus. Vortrag von Lic. Fr. Hummel. 80 Pf. 106/107. (10/11) Anti-Duhr oder kurze Widerlegung der Duhrschen Jesuitenfabeln. 40 Pf. *108. (12) Der Einfluß der römischen Kurie auf die deutsche Gesetzgebung. (Mit besonderer Beziehung auf die „Umsturzvorlage".) Von Konf.-Rat D. Leuschner. 15 Pf.

X. Reihe (Heft 109—120). 109. (1) Die schwarze Maria zu Einsiedeln und die Mutter des Herrn nach der Schrift. Von Dr. H. Rocholl. 20 Pf. 110. (2) Protestantismus und Kirche. Vortrag von Prof. D. E. Chr. Achelis. 20 Pf. 111. (3) Festpredigt bei der VIII. Generalversammlung in der Marienkirche zu Zwickau von Diakonus Dr. Költzsch. Eröffnungsrede des Herrn Grafen von Wintzingerode-Bodenstein bei der VIII. Generalversammlung. Huldigungstelegramme und darauf ergangene Antworten. Kundgebungen. 20 Pf. 112/114. (4/6) Die gemeinsame Gefahr der evangelischen Kirche und der deutschen Nationalität in der Diaspora der deutschen Grenzmarken. Vortrag von Militäroberpfarrer Dr. Hermens. 50 Pf. 115/118. (7/10) Die internationale Seite der päpstlichen Politik und die Mittel der Abwehr. Vortrag von Prof. D. Fr. Nippold. 75 Pf. 119/120. (11/12) Die Ausbreitung des römisch-katholischen Ordenswesens durch die Frauenklöster in Württemberg 1864—1896 von Stadtpfarrer R. Kallee. 80 Pf.

XI. Reihe (Heft 121—132). 121/122. (1/2) Zur Evangelisation Brasiliens. Erinnerungen und Beobachtungen von Pastor * * *. 50 Pf. 123. (3) Bilder aus der Zeit der Gegenreformation. Von Dr. Christian Geyer. 20 Pf. 124. (4) Ueber die Aussprüche Jesu an Petrus. Von Professor D. Willibald Beyschlag. 20 Pf. 125. (5) Martin Luther der deutsche Christ. Von Pfarrer H. Kremers. 10 Pf. 126. (6) Zur Erinnerung an den 5. Oktober 1886. Schlußwort bei der Begrüßungsversammlung des Evangelischen Bundes in Darmstadt am 28. September 1896, gesprochen und mit einigen Erweiterungen versehen von D. Dr. Bärwinkel, Senior und Superintendent zu Erfurt. 20 Pf. *127. (7) Protestantismus und Volksschule. Vortrag von Professor D. Beyschlag. 25 Pf. 128. (8) Autorität und Gewissen. Vortrag von Stadtpfarrer Brecht, Gerabronn. 35 Pf. 129. (9) Festpredigt bei der 9. Generalversammlung in Darmstadt von Superintendent Meyer, Zwickau. 20 Pf. 130. (10) „Philipp der Großmütige von Hessen." Vortrag von Direkter D. Weiffenbach; 15 Pf. 131. (11) Festpredigt bei der Generalversammlung in Darmstadt von Pfarrer Dr. Gerbert, Saarburg i. L. 10 Pf. 132. (12) Evangelische Gesellenvereine. Vortrag von Redakteur Quandel, Bochum. 10 Pf.

XII. Reihe. (Heft 133—144). 133. (1) Eröffnungsansprache in Darmstadt von Konf.-Rat D. Leuschner, Ansprache am Lutherdenkmal in Worms von Pfarrer Hackenberg, Schlußwort in der Dreifaltigkeitskirche zu Worms von Konf.-Rat D. Leuschner, sämtlich gehalten auf der 9. Generalversammlung des Evangelischen Bundes. 20 Pf. 134/135. (2/3) Kurfürst August des Starken Uebertritt zur römischen Kirche. Von Hans Müller, Diakonus an St. Moritz in Zwickau. 50 Pf. *136. (4) Karfreitag und Fronleichnamsfest. 20 Pf. 137. (5) Eine Bittschrift evangelischer Böhmen an den Regensburger Reichstag. Nach ungedruckten Quellen herausg. von Otto Steinecke, Pastor zu Staritz. 25 Pf. 138. (6) „Das Prinzip des Fortschrittes", ist es der Katholicismus oder der Protestantismus? Von Pfarrer Drechsel, Augsburg. 20 Pf. 139. (7) Römische „Revanche". Eine Simultanisierungs-Geschichte aus der Zeit der Gegenreformation nach der Chronik des Herrn K. S. Kremer, weiland ev.-luth. Pfarrer zu Kirchen-Bollenbach (Nahe), dargestellt von Hermann Kremers, jetzigem ev. Pfarrer daselbst. 20 Pf. 140. (8) Eröffnungsrede bei der X. Generalversammlung des Evang. Bundes in Krefeld von Graf von Wintzingerode-Bodenstein. 15 Pf. 141. (9) Die Hemmungen des deutschen Protestantismus in der Wahrung seiner Interessen. Vortrag von Professor D. Nippold in Jena. 30 Pf. 142. (10) Die größte Gefahr für unser Volk: Der Ultramontanismus. Vortrag von Pfarrer Kremers, Kirchen-Bollenbach. 15 Pf. *143. (11) Der Evangelische Bund, ein Lebensband zwischen Süd und Nord. Vortrag von Christoph Fikenscher, Pfarrer in Fürth i/B. 15 Pf. 144. (12) Die

NB. Die mit * versehenen Nummern sind vergriffen.

Bedeutung des Evangeliums und des Protestantismus für unser Staatsleben. Vortrag von Freiherr von Plettenberg-Mehrum. 15 Pf.

XIII. Reihe (Heft 145–156). 145. (1) Das Vordringen des Katholicismus in Ostpreußen. Von A. Szyrgens. 30 Pf. 146. (2) Was ist der Evangelische Bund, was will er sein und bleiben? Festpredigt bei der X. Generalversammlung in Krefeld von Pfarrer J. Schöttler in Barmen. 10 Pf. 147. (3) Das Evangelium auf dem Eichsfelde. Von Pfarrer Krumhaar in Tastungen. 20 Pf. 148. (4) Wie Herzog Moritz Wilhelm von Sachsen-Zeitz katholisch und wieder evangelisch wurde von L. Nottrott. 30 Pf. 149. (5) Aktenstücke in Sachen Evangelischer Bund gegen von Bülow. 20 Pf. 150. (6) Savonarola von Prof. D. Witte. 20 Pf. 151/152. (7/8) Rom und die gemischten Ehen von Dr. J. L. Weibel. 50 Pf. 153. (9) Die „lebenden Bilder" der Alberschweiler Fronleichnamsprozession vor Gericht von Pastor O. Schultze. 25 Pf. 154. (10) Luthers 95 Thesen von Pastor O. Schulze. 10 Pf. *155. (11) Eröffnungsrede bei der XI. Generalversammlung des Evangelischen Bundes zu Magdeburg von Graf von Wintzingerode-Bodenstein. 10 Pf. 156. (12) Die Sammlung der Evangelischen. Vortrag bei der XI. Generalversammlung des Evang. Bundes vom Superintendent Meyer, Zwickau. 20 Pf.

XIV. Reihe (Heft 157–168) *157. (1) Festpredigt bei der XI. Generalversammlung des Evangel. Bundes von Generalsuperintendent D. Döblin in Danzig — Die Stellung der ultramontanen Presse zu Kaiser und Reich. Vortrag bei der XI. Generalversammlung des Evangelischen Bundes von Rob. Herdieckerhoff, Pfarrer in Mülheim am Rhein. 15 Pf. 158. (2) Die Selbsthülfe des deutschen Protestantismus gegen Rom. Ansprache bei der XI. Generalversammlung des Evang. Bundes von Prediger Prof. D. Scholz, Berlin. — Schlußansprache bei der XI. Generalversammlung am 5. Oktober vom Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Hieber, Stuttgart. 15 Pf. 159. (3) Die römische Propaganda in unseren afrikanischen Kolonien. Von Pfarrer Gustav Müller. 25 Pf. — 160. (4) Fürst Bismarcks Stellung zum Christentum. Von Robert Falke. 25 Pf. — 161. (5) Die Pilgerfahrt zur Einweihung der Erlöserkirche in Jerusalem. Reisebericht und Betrachtungen von Superintendent D. Bärwinkel. 25 Pf. — *162. (6) Die evangelische Bewegung unter dem Klerus Frankreichs in der Gegenwart. Nach einem Vortrag, gehalten am 5. Februar 1899 im Evangelischen Bund zu Augsburg von Julius Orth, Inspektor am Kollegium St. Anna in Augsburg. 20 Pf. — 163. (7) Die evangelische Bewegung in Oesterreich. Von Superintendent Fr. Meyer, Zwickau i. Sa. 20 Pf. — 164 (8) Die Entwickelung des katholischen Ordenswesens in Schlesien in den letzten Jahrzehnten und die Lehre daraus. Von Pastor E. Gebhardt zu Oelse. 20 Pf. 165. (9) Los von Rom. Von Prof. Otto Pfleiderer in Berlin. 20 Pf. — 166. (10) Entweder — oder! Offener Brief an den Herrn Reichstagsabgeordneten Gröber. Von Pfarrer Eisele in Plüderhausen. 10 Pf. — 167. (11) Die Verschuldung des deutschen Protestantismus an der Oberherrschaft des Papsttums über das Deutsche Reich. Von Friedrich Nippold. 20 Pf. — 168. (12) Luther, der Reformator auch der Zukunft. Von Superintendent Fr. Meyer, Zwickau i. Sa. 20 Pf.

XV. Reihe (Heft 169–180). 169. (1) Zu Schutz und Trutz unserer protestantischen Litteratur. 20 Pf. 170. (2) Katholizismus und Protestantismus im Lichte der Kulturgeschichte. Von Prof. Otto Pfleiderer in Berlin. 20 Pf. 171. (3) Der Fall Schell. Skizze aus der römisch-katholischen Kirche zu Ende des 19. Jahrhunderts Von Prof. E. Eberhard in Magdeburg. 20 Pf. 172. (4) Neue und alte Wege nach Rom. Vortrag von Lic. Oskar Kohlschmidt in Magdeburg. 20 Pf. 173/74. (5/6) Die evangelische Bewegung in Oesterreich. Von einem süddeutschen Pfarrer. 30 Pf. 175 (7) Der Protestantismus in Oesterreich von Superintendent Meyer, Zwickau i. S. 20 Pf. 176. (8) Wie ein römischer Priester 1871 in Magdeburg den Weg zur evangelischen Kirche fand. Von Konsistorialrat H. Nehmiz in Magdeburg. 20 Pf. 177/78 (9/10) Die politischen und religiösen Verhältnisse Spaniens. Von Pastor Raimund Gaebelein. 40 Pf. 179/80. (11/12) Der Klerus Italiens. Bilder aus dem Leben von Th. Trede. 40 Pf.

XVI. Reihe (Heft 181–192). 181/3. (1/3): Des Reichsfreiherrn v. Ickstatt Katholische Lobschrift auf den Protestantismus, neu herausgegeben von Dr. K. Walcker. 50 Pf. 184/85. (4/5) Der sächsische Adel und der Protestantismus. Von Prof. D. Nippold in Jena. 50 Pf. 186/87. (6/7) Anastasius Grün. Ein Zeitbild aus der österreichischen Dichtung von Paul Hermens. 50 Pf. 188. (8) Die Rechtfertigung durch den Glauben als Grundartikel der protestantischen Kultur. Vortrag von Prof. D. Dr. Jul. Kaftan in Berlin. 20 Pf. 189. (9) Der Protestantismus an der Jahrhundertwende. Vortrag von Pfarrer Däublin in Hohensachsen. 20 Pf. — 190 (10). Das Evangelium in Rußland. Von Dr. Joseph Girgensohn. 30 Pf — 191 (11). Römisch-katholische und evangelische Lehre von der Kirche Vortrag von Professor D. Friedr. Loofs, Halle a. S. 20 Pf. 192. (12) Die römisch-katholische Propaganda in Schlesien. Eine Skizze von Pastor E. Gebhardt, Oelse. 20 Pf.

XVII. Reihe (Heft 193–204). 193. (1) Martin Luther im deutschen Lied. Von Lic. theol. Dr. phil. Kurt Warmuth, Dresden. 25 Pf. 194/95. (2/3). Wilhelm von Oranien. Von Dr. Ed. Jacobs, Wernigerode. 40 Pf. 196. (4) Naturwissenschaft und Gottesglaube. Ein apologetischer Streifzug gegen Häckels „Welträtsel". Von Senior u. Superintendent D. Dr. Bärwinkel, Erfurt. 25 Pf. 197. (5) Die Rixdorfer Protestversammlungen und die evangelische Bewegung in Österreich. Vom Preßausschuß des Brandenburgischen Hauptvereins des Evangel. Bundes. Mit einem Vortrag von Pfarrer Lic. Bräunlich. 25 Pf. 198/99. (6/7) Die katholischen Mäßigkeitsbestrebungen von Pastor E. Gebhardt in Oelse. 45 Pf. 200. (8) Der Prozeß der römischen Kirche gegen Galileo Galilei von Pastor Nithack-Stahn. Görlitz. 20 Pf. 201/2. (9/10) Friedrich Leopold, Graf zu Stolberg. Von Dr. Ed. Jacobs, Wernigerode. 40 Pf. 203. (11) Unsre Stellung zur Polenfrage. Von Prof. W. Schmidt, Berlin. 20 Pf.

NB. Die mit * versehenen Nummern sind vergriffen.

Lippert & Co. (G. Pätz'sche Buchdruckerei), Naumburg a. S.